

Antrag

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Heike Sudmann, Christiane Schneider,
Kersten Artus, Tim Golke, Norbert Hackbusch, Dora Heyenn
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Das alljährliche Dilemma beenden – Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen!

Die Situation der Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Hamburg hat sich in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt. Die Kapazitäten in der öffentlichen Unterbringung sind seit Längerem enorm ausgelastet, da eine Reintegration in gesicherte Wohnverhältnisse aufgrund der Wohnungsknappheit kaum noch möglich ist. Dadurch verbringen obdachlose Menschen zum Teil mehrere Jahre in den Unterkünften.

Seit einiger Zeit sind auch mehr Familien mit Kindern von Wohnungslosigkeit getroffen. Nach einer Antwort des Senates auf eine Schriftliche Kleine Anfrage (Drs. 20/6753) waren im Februar 2013 über 586 Kinder mit ihren Eltern wohnungslos. Auch Frauen und Jugendliche sind immer mehr von der Wohnungslosigkeit betroffen oder aber bedroht. Nach Angaben des Senats gab es zum Stichtag 30. Juni 2013 611 wohnungslose Frauen, die in Unterkünften untergebracht waren. Hinzu kommen die Flüchtlinge und die Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter, die aus großer Not zu uns nach Hamburg gekommen sind und humanitäre Hilfe brauchen. Die Verschärfung der Situation in Syrien könnte noch mehr Menschen nach Hamburg führen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind.

Vor dem Hintergrund der steigenden Obdachlosigkeit und der zunehmenden Flüchtlingszahlen steht die Stadt Hamburg in diesem Jahr vor einer besonders großen Herausforderung. Im Winter 2012/2013 wurde das Winternotprogramm aufgrund der Kapazitätsauslastung noch mal auf rund 800 Plätze aufgestockt und war somit das größte Winternotprogramm aller Zeiten. 2.559 Personen nutzten die angebotenen Übernachtungsmöglichkeiten. Jedoch war die Situation in den Unterkünften selbst oft hochproblematisch und zwar sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vor allem auch für die Obdachlosen. Die Menschen schliefen auf Stühlen, dem Fußboden oder auf Tischen. Je größer die Belegung wurde, desto schlechter und unerträglicher wurde die Lebensqualität für die Obdachlosen in den Unterkünften.

Bislang gab es ein regelmäßiges Auf und Ab bei den Notquartiersplätzen und Erfrierungsschutzräumen je nach Jahreszeit, ohne dass der Übergang aus der Sofortunterbringung in Richtung dauerhaftes Wohnen langfristig verlässlich gefördert werden konnte. Bedauerlicherweise gibt es seit der letzten Obdachlosenstatistik im Jahr 2009 keine aktuellen Zahlen. Bislang ist auch nicht erkennbar, dass anstelle ständig neu aufgelegter und überfüllter „Winternotprogramme“ endlich ein ganzjähriges Grundversorgungskonzept für obdachlose Menschen entwickelt wird.

Der Senat muss kurzfristig vor dem ersten Kälteeinbruch Maßnahmen ergreifen, denn Obdachlosigkeit gefährdet Gesundheit und Leben der betroffenen Menschen. Mittelfristig muss der Senat endlich ein ganzjähriges Grundversorgungskonzept vorlegen, das nicht wie das Gesamtkonzept für die Wohnungslosenhilfe auf kleine Pilotprojekte setzt, sondern gezielt die Obdachlosigkeit bekämpft und an verschiedene Zielgruppen gerichtet ist.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit bis zum 31.12.2013 vorzulegen, der folgende Punkte berücksichtigt:

1. Es wird eine Liste leer stehender städtischer Wohn- und Gewerbeobjekte erstellt, ständig ergänzt und für die mit diesem Thema befassten Abgeordneten jederzeit zugänglich gemacht.
2. Leer stehende Wohnungen in städtischem Eigentum sind unverzüglich für die Vergabe an Obdach- und Wohnungslose herzurichten.
3. Leerstände bei städtischen Büro- und Gewerbebauten sind kurzfristig darauf zu überprüfen, inwieweit diese Flächen kurzfristig einer temporären Nutzung über die Wintermonate zugänglich gemacht werden können.
4. Wohnungsleerstände in Objekten der Stadt und der SAGA GWG sind kurzfristig zu überprüfen und die Vermietung aller Wohneinheiten anzugehen, die seit mehr als einem halben Jahr leer stehen und in denen aktuell keine Modernisierung oder vergleichbare Maßnahmen stattfinden.
5. Kurzfristig ist dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt und die Wohnungswirtschaft mehr Wohnungen zur Anmietung durch obdach- und wohnungslose Menschen zur Verfügung stellen. Mit der SAGA GWG ist mit dem Ziel zu verhandeln, bei Neuvermietungen den Anteil für Wohnungs- und Obdachlose deutlich zu erhöhen. Wohnungslose Familien und alleinerziehende Frauen mit Kindern sind besonders zu berücksichtigen.
6. Nach Einzug der oben angegebenen Betroffenen in gesicherte Wohnverhältnisse sind ihr Start und die Reintegration durch persönliche Unterstützung zu erleichtern und zu sichern.
7. Die SAGA GWG verfährt zukünftig nach dem Grundsatz, dass keine Zwangsräumung in die Obdachlosigkeit stattfinden darf.
8. Die bezirklichen Fachstellen sind personell so zu stärken, dass die unter dem Petitem 5. aufgeführten Maßnahmen umgesetzt werden können.